

Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 76 (1958)
Heft: 18: Der Ingenieur als Mensch vor dem Problem Technik: Vorträge der Tagung des S.I.A. vom 8./9. März 1958 in Zürich

Artikel: Der Ingenieur und die Politik
Autor: Studer, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-63971>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

weil sie sich von den Mitmenschen nicht der Bemessung an christlichen Massstäben aussetzen wollen. Sie wissen, dass das viel schwerer ist als bei den psychologischen Regeln der Menschenführung.

Wir können nicht abstreiten, dass wir alle auf einem Wege der persönlichen Reifung wandern, und wenn wir von abendländischer Kultur und vom Christentum reden, so müssen wir den Mut haben, uns dazu zu bekennen. *Bevor wir die grossen Fragen der Menschheit in Angriff zu nehmen in der Lage sind, sollten wir in unserer täglichen Arbeit und in unserer Familie zur Bewährung kommen.*

Die Menschheit wünscht Frieden sowie eine Sicherheit und Glück verheissende Zukunft. Sie sieht aber meines Erachtens die zunächst liegenden Wege nicht. Wir brauchen uns des persönlichen Einsatzes und des Einstehens jedes einzelnen Menschen — ohne grosse Reden und Versammlungen — nicht zu schämen. Die letzte Kenntnis der Geheimnisse der Natur grosser Wissenschaftler endet niemals im Nichtwissen, sondern im Metaphysischen. C.W. von Weizsäcker schreibt in «Atomenergie und Atomzeitalter»: «Die Wahrheit, die im Glauben bewahrt wird, ist nach meiner Ueberzeugung die einzige, die grösser ist als die Wahrheit der Wissenschaft, auf der das Atomzeitalter beruht.»

Es ist sicherlich nicht sehr einfach, die Verantwortung des Ingenieurs so zu umschreiben, dass man allen Aspekten gerecht zu werden vermag; aber mir scheint, *dass wohl das Wichtigste bei diesem Begriff der Ursprung der Ver-*

antwortung aus dem christlichen Glauben heraus ist beruhend auf der christlichen Nächstenliebe, um Klarheit in unsere Haltung, Auffassung und in unser Handeln zu geben. Wir wollen als Tatsache bestehen lassen, dass der Mensch mit seiner Existenz im Wirken und Schaffen den Auftrag seines Schöpfers vollbringt, gegenüber dem er eine persönliche Verantwortung empfinden muss. Je mehr sich der Ingenieur des wirklichen und eigentlichen Ursprungs seiner Fähigkeiten und Kräfte bewusst ist, und je deutlicher er seinem Forschen und Entwickeln eine ethische Grundlage geben kann, um so eher wird ihm klar werden, welche ungeheure Aufgabe des Dienens an der Menschheit auf ihm lastet und noch vor ihm liegt. Wenn man aber von vorneherein den Gegenstand seines Wirkens und die von ihm geschaffenen Werke als verderbnisvoll ansieht, so zerstört man damit den Glauben des Ingenieurs an seine Aufgabe. Verantwortung ist bipolar, das heisst Verantwortung und Vertrauen stehen miteinander in Wechselbeziehungen.

Wir Ingenieure müssen daher fordern, dass die Allgemeinheit — und auch die Kirche — das Gute und Positive in Technik und Wirtschaft sieht und uns die Fähigkeit zur Uebernahme der grossen uns zustehenden Verantwortung zubilligt.

Lassen Sie mich mit einem Wort des amerikanischen Naturwissenschaftlers Norbert Wiener schliessen: «Die Stunde drängt. Gut und Böse pochen an unsere Tür, wir müssen uns entscheiden.»

Der Ingenieur und die Politik

Von Ing. Ernst Studer, Nationalrat, Burgdorf

Unsere Staatsverfassung räumt dem Volk die Mitwirkung bei der Führung der öffentlichen Geschäfte ein. Sie geht von der Voraussetzung aus, dass jeder Bürger befähigt sei, den Staat und dessen Bedürfnisse zu verstehen und über das, was dem Staate frommt, ein selbständiges Urteil abzugeben. Für den Aktivbürger ist der Besitz des politischen Sinns unerlässlich. Schon der Umstand, dass die Demokratie jedem Bürger nach Erlangung des zwanzigsten Altersjahres politische Rechte verleiht, zeigt uns, dass der politische Sinn nicht auf einem spezifischen Fachwissen beruht. Einfache Bauern und Handwerker können möglicherweise mehr politischen Sinn haben als Gelehrte! Solcher Sinn wohnt jedem Menschen inne, der in den Ereignissen der Aussenwelt die für das öffentliche Leben bedeutungsvollen Tatsachen erkennen und ihre Wirkung auf den Staat abzuschätzen vermag. Aber die politische Urteilskraft verkümmert wie jede angeborene Fähigkeit, wenn sie nicht in strenger Zucht geübt und gepflegt wird. Das Entscheidende und Beste hiefür muss die Selbsterziehung leisten, und die Grundlage bildet das Gemeingefühl des Verbundenseins mit dem heimatlichen Gemeinwesen und dessen Bürgerschaft. Durch das Gefühl für das eigene Gemeinwesen werden uns zuerst die Augen geöffnet für das über dem einzelnen Menschen stehende und ihn umgebende Allgemeine, dem wir angehören. Politischer Sinn ist Sinn für das Allgemeine. Die erste und fruchtbarste Erkenntnis fliesst uns aus der Anschauung des heimatlichen Staates zu. Und wenn wir auch später in die Weite schweifen, zu ihm kehren wir stets zurück, um die uns gefühlsmässig vertrauten Einrichtungen und Gebräuche mit dem geistig neu Erworbenen zusammenzuhalten. Der Vergleich bildet auch hier das wertvollste Anschauungsmaterial. Auf Anschauung und Erfahrung aber läuft bei der Beurteilung politischer Dinge alles hinaus. Darum ist die Flucht vor dem Staat der Ruin jeder politischen Gesinnung und Erziehung. Sie ist aber auch die Flucht vor der Politik, und diese muss eingedämmt werden. Es darf gerade in den Kreisen der Ingenieure, Techniker und Unternehmer nicht heissen: «Ich befasse mich nicht mit Politik!» Leider sagt man diesen Satz nur zu oft und ist noch stolz darauf. «Ich habe keine Zeit für Politik» ist eine weitere Feststellung, die man aus unsern Kreisen, aber auch aus Handel und Industrie immer wieder hört. Solche Aeusserungen und Auffassungen sind gefährlich. Alle jene, die im Osten in den Zwangsarbeitslagern schmachten, wären froh, ihre Zeit der Politik widmen zu können, und sie machen sich bestimmt Gedanken über ihre frühere Haltung.

Um in der Politik Einfluss zu haben, braucht es persönlichen Einsatz. Es ist gar nicht etwa in das Ermessen des Einzelnen gestellt, ob er sich mit der Politik beschäftigen will oder nicht, denn die Politik beschäftigt sich auf alle Fälle sehr nachdrücklich mit ihm. Sie tut es hinter dem Eisernen Vorhang anders als bei uns, aber sie tut es auf alle Fälle. Also werden wir schon aus Erhaltungstrieb uns ebenfalls mit Politik befassen müssen. Es darf nicht so sein, dass wir ein Objekt der Politik werden; man soll nicht mit uns Politik treiben, sondern wir müssen wieder vermehrt die Mitgestalter der Politik werden.

Noch bei einer überwiegenden Zahl unserer Mitbürger herrscht die völlig falsche Vorstellung, Politik und Wirtschaft seien Dinge, die man fein säuberlich auseinanderhalten müsse, die nichts miteinander zu tun hätten, und das Land wie die Wirtschaft würden am besten gedeihen, wenn die Wirtschaftsführer sich in ihre Unternehmungen zurückzögen und das politische Feld den Berufspolitikern überliessen. Die Verpolitisierung der Wirtschaft und die Verwirtschafterung der Politik sind direkte Folgen dieses Irrtums. Weil sich viel zu wenig Persönlichkeiten aus der Wirtschaft um die allgemeinen Fragen der Politik kümmern und sich zur Wahl in die Behörden zur Verfügung stellen, haben diejenigen Politiker, die der Wirtschaft fern stehen und nur darauf bedacht sind, ihre Unentbehrlichkeit durch eine sehr aktive Geschäftigkeit zu beweisen, ein leichtes Spiel, wenn sie an der Kettenreaktion von Staatseingriffen in die Wirtschaft mitwirken.

Ich muss hier einflechten, dass man bei der heutigen Zusammensetzung der Bundesversammlung von total 238 Mann mit aller Mühe kaum ein Dutzend Parlamentarier aus Handel und Industrie findet, dazu vielleicht noch zwei Dutzend aus Handwerk und Gewerbe als Selbständigerwerbende. Ingenieure und Techniker zählt man in beiden Räten total neun Mann. Dazu muss ich bemerken, dass gerade zwischen dem Schaffen der Ingenieure und dem der Männer der Wirtschaft naturgemäss besonders enge Beziehungen bestehen, deren Wirksamkeit aber meistens politisch nicht ausgewertet werden kann. Wir müssen uns noch viel mehr, als dies bis heute der Fall war, bewusst werden, dass es zur Erzielung einer politischen Wirkung nicht genügt, das Gute und das Rechte zu tun; man muss auch dafür besorgt sein, dass die breite Masse des Volkes davon erfährt und daran glaubt. Und wer muss diese Aufgabe übernehmen? Es sind die Politiker. Sie müssen sich ins Rampenlicht der Öffentlichkeit begeben. Und da kommt es darauf an, dass sie das Verständnis haben für die

Grundsätzlichkeit von Entscheiden, für die Harmonie der politischen Kräfte und für das Gesamtinteresse des Landes. Vom Bundesrat wird immer wieder verlangt, dass er eine grundsätzliche Politik führe. Seine Kritiker übersehen aber, dass der Bundesrat, dem es wahrhaftig nicht am Willen zu einer klaren, grundsätzlichen Landespolitik fehlt, nicht im luftleeren Raum operieren kann. Er muss mit den Persönlichkeiten rechnen, die sich zur Mitarbeit im Staat zur Verfügung stellen und die durch das Volk in die Behörden gewählt werden. Wer realistisch denkt, darf deshalb vom Bundesrat nicht Unmögliches verlangen, wenn er selbst Mögliches verweigert. Wir brauchen deshalb viel mehr Ingenieure und Unternehmer, die ihre Gaben nicht nur ihrem Beruf, sondern auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Unsere freiheitlichen Institutionen sind mehr denn je auf die aktive Mitarbeit führender, massgebender und selbständiger Persönlichkeiten angewiesen, die bereit sind, mit dem Gewicht ihrer Person für die Grundsätze freiheitlicher Wirtschafts- und Staatsführung einzustehen. Was nützt es dem Land, der Wirtschaft und schliesslich der einzelnen Unternehmung, wenn infolge des Fernbleibens ihrer Vertreter, namentlich auch der jungen Generation, die Weichen in der Politik so gestellt werden, dass der Zug in die falsche Richtung fährt?

Man darf sich nicht verwundern, dass in den meisten Verwaltungsräten öffentlich rechtlicher Körperschaften, wie z. B. bei den Kraftwerksgesellschaften, den SBB, der PTT sehr wenig Ingenieure und Techniker sitzen, die diesen Unternehmen dort gute Dienste leisten könnten. Diese Behörden sind politische Gebilde, und ihre Mitglieder sind meistens Vertreter der Parteien. Solche Beispiele bestätigen die Dringlichkeit der Forderung, dass im eidgenössischen wie in den kantonalen und städtischen Parlamenten die Techniker aller Berufe in hinreichender Zahl vertreten sein sollten, und mein Wunsch, den ich auch hier anbringen möchte, geht dahin, dass sich die verantwortlichen Männer der Wirtschaft ihrer Aufgabe bewusst seien, wenn der Ruf an sie ergeht, sich der Politik, d. h. der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Werte Zuhörer, noch nie, so lange die Welt besteht, stand die Wissenschaft auf so hoher Stufe wie in der heutigen Zeit. Kein Tag vergeht, ohne dass neue Erfolge auf irgend einem Gebiet zu verzeichnen wären, und seit dem Abschluss des ersten Sputniks durch die Russen ist der Wettlauf nach neuen technischen Erfindungen und Verbesserungen noch viel grösser geworden. Ist dies alles zum Wohle der Menschheit? Dienen diese grossen Erfolge wirklich der Wissenschaft und der Wirtschaft? Wird dadurch der Lebensstand von Millionen von Menschen in der Welt gehoben? Ich glaube nur zu einem kleinen Teil. — Der Mensch wird je länger je mehr zum Sklaven all dieser Mittel, die er geschaffen hat und die Gefahr, dass sein Dasein durch die Diktatur der Entwicklungen immer mehr gefährdet wird, nimmt in bedenklicher Weise zu.

Ich will nicht etwa in Pessimismus machen. Wir dürfen die Vorteile, die die Technik jedem von uns im täglichen Leben bringt, nicht gering schätzen. Was unserer Zeit aber not tut, ist die positive Haltung gegenüber der Wissenschaft und der Technik. Statt über die Auswüchse zu klagen, müssen wir uns sehr überlegen, welche Vielfalt von Erleichterungen und Möglichkeiten zur schöneren und besseren Lebensgestaltung uns die Technik gebracht hat. Natürlich birgt diese Entwicklung Gefahren in sich; selbstverständlich sehen wir Altgewohntes, uns lieb und vertraut Gewordenes verschwinden, aber die Schäden sind immer nur die Folge des Missbrauchs, den wir mit Wissenschaft und Technik treiben, und sie werden am grössten sein, wenn Technik und Wissenschaft der *Politik dienen müssen*. Das ist heute weitgehend in Russland, aber auch in Amerika der Fall. Den wissenschaftlichen Forschern in Russland wird ein erhebliches Mass von Freiheit zugestanden, weil kein Fortschritt erzielt werden kann ohne die Gewährung einer bestimmten Freiheit. Diese Freiheit ist mit dem politischen unfreien System des Kommunismus durchaus vereinbar. Die Frage nun, ob den Wissenschaftlern Freiheiten zugestanden werden, entscheidet sich also in der Regel nicht nach dem Inhalt der Ideologie, sondern vielmehr danach, ob die *Zielsetzung* der Ideologie einen wissenschaftlichen Fortschritt als wünschenswert erscheinen lässt oder nicht. Eine solche Wünschbarkeit ergibt sich aus der sowjetischen Zielsetzung in ganz besonderem Masse, denn der Kommunismus will ja die Welt erobern und bedarf dazu der durch den wissenschaftlichen Fortschritt ermöglichten Macht.

Lenin hat einmal erklärt, dass der Kommunismus erst dann verwirklicht werden könne, wenn die Sowjetunion mehr und besser produziere als die Vereinigten Staaten von Amerika. Das war seine Zielsetzung, die man nicht mehr aus den Augen verloren hat. Lenin wollte die ganze Sowjetunion elektrifizieren und liess dazu einen Plan ausarbeiten. Damit wurde die Grundlage für die spätere Planwirtschaft der Fünfjahrespläne gelegt. Mit diesen ehrgeizigen Plänen wird voraus bestimmt, welche Produkte man herstellen will. Daraus folgt dann, welche Maschinen man benötigt, welche Rohstoffe, welche Gebäude, vor allem aber, welches Personal. Von Anfang stand deshalb die Ausbildung von Kadern an erster Stelle der Fünfjahrespläne. Techniker, Ingenieure, Physiker, Chemiker, Biologen und Astronomen. Die Zahl der heranzubildenden Spezialisten wuchs ins Unermessliche. Der Westen hat darüber gelacht und sich mit der Tatsache beruhigt, dass diese Pläne nie erfüllt worden seien. Als dann aber der Abschuss des ersten Sputniks erfolgte, war man ausserordentlich überrascht. Die politischen Folgen dieses Erfolges kann man noch nicht absehen. Durch diese Schockwirkung ist aber viel Schaden angerichtet worden.

Mit diesen Worten wollte ich nur zeigen, dass es zur Erreichung politischer Ziele des Einsatzes aller technischen Hilfsmittel bedarf und dass der Westen, erwacht durch die russischen Erfolge, in einen beschleunigten Wettlauf eingetreten ist. Es besteht kein Zweifel, dass angesichts der neuesten Phase der technischen Erfolge im Reiche der zerstörenden Kräfte grosse Teile der westlichen Welt der Angst und dem Pessimismus verfallen sind. Die Technokratie wird in der Sowjetunion in einem solchen Masse gefördert, dass die übrige Welt gar nicht anders kann, als die technische Entwicklung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in gleichem Masse zu fördern, um damit ihre politische Macht zu stärken. Dies gilt nicht nur für die Gebiete der Wissenschaft und Technik, sondern auch für die Wirtschaft. Der Zusammenschluss der sechs Staaten Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Luxemburg und der Niederlande zum gemeinsamen Markt, die Diskussion der übrigen elf europäischen Staaten über die Freihandelszone sind wohl wirtschaftliche Gebilde, die aber rein politischen Interessen zu dienen haben. Ich kann im Rahmen dieses Vortrages nicht näher auf die diesbezüglichen Entwicklungen eingehen, aber eines ist gewiss, dass unser Land in diesem Jahr vor einen der schwierigsten und weittragendsten aussenpolitischen und aussenwirtschaftlichen Entscheide gestellt wird und dass unsere Wirtschaftler und Politiker eine grosse Verantwortung zu übernehmen haben.

Sehr geehrte Anwesende, Sie konnten meinen bisherigen Ausführungen entnehmen, welche bedeutsame, ja ausschlaggebende Stellung die Politik in unserer gesamten Wirtschaft einnimmt. Es ist deshalb ausserordentlich wichtig, *wer* diese *Politik* massgebend beeinflusst. Das sollten nun nicht in erster Linie die Berufspolitiker, sondern führende Männer aus der Wirtschaft sein. Aber leider treten diese Persönlichkeiten in den Parlamenten und im öffentlichen Geschehen immer weniger hervor. Diese Tatsache ist sehr zu bedauern; nicht nur deswegen, weil sich auf diese Weise die öffentliche Meinung bedrohlich einseitig entwickelt, sondern vor allem, weil das schöpferische und wagemutige Element systematisch zurückgedrängt wird. Gerade die Techniker und Unternehmer mit dem für sie charakteristischen Freiheitssinn, Initiative und Weitblick sind für eine Politik, die sich zu hartnäckig starren Formen, übernommenen Anschauungen oder Massen-Beeinflussungen verschrieben hat, eine dringend notwendige Ergänzung und Bereicherung. Natürlich erfordert die aktive Beteiligung in der Politik für einen Freierwerbenden oder eine leitende Persönlichkeit Opfer; aber diese Opfer müssen aufgebracht werden, besonders dann, wenn die technisch Schaffenden bereit sind, eine Mitverantwortung zu übernehmen. Sind sie dazu aber nicht bereit, dann dürfen sie sich auch nicht beklagen, wenn die wichtigsten Posten unserer öffentlich-rechtlichen Betriebe durch Laien besetzt sind, statt durch Fachleute. Wenn wir Techniker in der Elektrizitäts-, Atom- oder auch in der Strassenbaupolitik massgebend mitsprechen wollen, dann müssen wir uns mit Politik befassen, denn diese, für unser Land und unsere Wirtschaft so ausserordentlich wichtigen Fragen werden auf der politischen Ebene ausgefochten. Das war schon vor 100 Jahren so; ich erinnere nur an die damalige Eisenbahnpolitik, die massgebend durch tüchtige Fachleute beeinflusst wurde. Es

braucht auch heute, wie damals, lebendige Menschen, die einen Einsatz wagen, und zwar nicht nur mit Geld, sondern auch mit ihrer Person. Der Unternehmer, der Industrielle, der Kaufmann, aber ganz besonders der Ingenieur muss im politischen Betrieb wiederum vermehrt in Erscheinung treten. Die Ausrede, ich habe keine Zeit, kann ich nicht gelten lassen, denn sie verkennt die Reihenfolge der Dringlichkeiten. Die Zeit für eine politische Betätigung muss gefunden werden, so gut wie die Zeit zum Essen und zum Schlafen. Wir dürfen diese hochwichtige Angelegenheit wirklich nicht nur den Berufspolitikern, Gewerkschaftsfunktionären oder einigen «Geschäftlimachern» überlassen.

Ich möchte nochmals betonen, dass unsere Wirtschaft weitgehend von der Politik her bestimmt wird und die Politik weitgehend von Fragen menschlicher Haltung und Einstellung abhängt. Es geht einem ungefähr so gut oder so schlecht, als man sich im Leben verhält und als man fähig ist, aus dem Gegebenen etwas zu machen oder auch nichts zu machen. Das gilt sowohl für den Einzelnen wie für die Gemeinschaft. Wichtig ist aber, zu bemerken, dass das Entscheidende immer vom Menschen abhängt, und selbst in der Gemeinschaft kann der Einsatz des einzelnen Menschen grosse Wirkungen ausüben. Das gehört ja schlussendlich zur Grundauffassung einer liberalen Wirtschaft, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Daraus erwachsen dem Einzelnen Aufgaben, Rechte und Pflichten. Auch die Achtung vor dem Menschen besitzt hier einen Grundpfeiler. — Aus einer solchen Lebenseinstellung erwächst dem Menschen aber auch eine Verantwortung, der er sich nicht entziehen kann. Dabei will ich mich auf die Verantwortung beschränken, die der Einzelne den Gemeinschaften gegenüber trägt, deren Glied er ist. Und auch diesen Betrachtungskreis will ich einschränken, und zwar auf das politische Gebiet. Auf diese Verantwortung des Menschen, und zwar eines jeden von uns, hinzuweisen, ist nicht überflüssig, weil ich immer wieder die Feststellung machen muss, dass der Sinn für diese natürliche Verantwortung weitherum nicht mehr vorhanden ist. Man muss ihn aber erneut wecken, bestärken und pflegen, denn davon hängt das Entscheidende für eine gesunde Politik ab.

Ich weiss aus nächster Nähe, dass die Politik nicht immer den besten Namen hat. Viele Menschen nennen sie schlecht und schmutzig und wollen deshalb mit ihr nichts zu tun haben. Ja viele behaupten sogar, wer sich mit Politik befasse, werde selber schlecht. Es gibt aber auch Leute, die es verstehen, aus dieser Abneigung und aus diesem Vorurteil gegenüber der Politik Kapital zu schlagen. Wenn es schon wahr ist, dass es in der Politik *oft nicht sehr schön zugeht*, so ist es doch noch viel schmutziger und verabscheuungswürdiger, mit den Schattenseiten der Politik Geschäfte zu betreiben, die Abneigung der Bürger gegenüber der Politik absichtlich zu fördern und einen Neutralismus und Indifferentismus zu züchten, der unserer Demokratie abträglich ist. Viel ehrlicher ist es, immer wieder die wahren Zusammenhänge aufzudecken und dem Bürger zu sagen, dass sich die viel geschmähte Politik eben mit den Menschen und den menschlichen Einrichtungen zu befassen hat und dass diese Politik von den Menschen selber gemacht wird. Ist es da nicht verwunderlich, dass es in der Politik menschlich, oft vielleicht sogar allzu menschlich zugeht?

Die Politik ist wie jedes andere menschliche Unternehmen so sauber oder so schmutzig wie die Menschen, die sie betreiben. Wären wir Menschen fehlerlos und wollten nur

Adresse des Verfassers: Ernst Studer, Nationalrat, Sonnenweg 9, Burgdorf.

immer das Gute, dann brauchten wir überhaupt keine Politik, dann herrschte eitel Friede unter den Menschen, und jeder könnte sein eigener Herr und Meister sein. Leider wird aber die Politik immer ihre Schattenseiten haben, und gerade deshalb müssen wir uns als Staatsbürger mit ihr befassen und in ihr aktiv mitarbeiten. Wenn wir dies nicht tun und sie, wie ich schon erwähnte, den Berufspolitikern und «Geschäftlimachern» überlassen, wird sie nur noch schlechter oder sagen wir «anrüchiger». Nun ist aber Politik nicht ein Ränkespiel von ehr- und amtssüchtigen Strebern, sie ist auch nicht eine Kirchturms- oder Gewerkschaftsinteressen-Vertretung. Politik im richtigen Sinne des Wortes ist Staatskunst, sie ist das hohe Streben der menschlichen Gesellschaft im Bereich eines Staatswesens, die *allen* Menschenrechten entsprechende Form zu geben, und zur Mitarbeit an dieser Formgebung wäre ganz besonders der Ingenieur berufen.

Hinter dem Ofen sitzen und über das Parlament und seine Misswirtschaft «schimpfen» ist nicht Schweizerart. Der echte Demokrat stellt sich vor das Haus, sagt seine Meinung, hört auch diejenige des Nachbarn oder auch seines politischen Gegners an und urteilt erst dann, wenn er eine bessere Lösung sieht und auch gewillt ist, sie durchzuführen, auch wenn sie persönliche Opfer von ihm erfordert. Kritik kann im demokratischen Staatswesen eine belebende Kraft sein; aber nie soll man niederreißen, bevor man einen klaren Plan zum Neubau vorlegen kann. Das nenne ich aufbauende Politik; das nenne ich dienen am Volk und Vaterland, und deshalb fordere ich bei jeder Gelegenheit unsere Stimmbürger, alt und jung, auf, trotz eventuellen Enttäuschungen, die sie etwa in der Öffentlichkeit oder in der Politik erfahren haben, den Glauben an das Volk und die Behörden nicht zu verlieren, sondern ihnen mehr Vertrauen entgegenzubringen.

Sehr verehrte Anwesende, es ist ein stolzer Titel, Bürger einer Demokratie zu heissen; aber nur *der* verdient ihn zu tragen, der nie vergisst, dass in der Demokratie grosse Rechte mit ebenso grossen Verpflichtungen unlösbar verknüpft sind. In diesem Sinn muss man darauf zählen können, dass ein Mann, der sich mit Politik befasst, auch ein vorbildlicher Bürger sei. Es gibt doch wirklich nichts Schöneres, denn als freier Sohn eines freien Landes selbstbewusst und eigenwillig das Landesschicksal mitbestimmen zu können, einer gottbegnadet schönen Heimat sein bestes Können und Trachten zu verschreiben.

Es soll deshalb stets unser höchstes Gebot sein, unser Staatswesen auf dem Wege des sozialen Fortschritts zu halten, alle gutgesinnten Kräfte einzuspannen, um es pflichtbewusst und ehrenhaft zu führen. Im gegenseitigen Verstehen und Schätzen, in der Hingabe für das Ganze, ohne Ueberhebung und Eigennutz, in der Offenheit der Tat und im Denken, in der strengen und gerechten Handhabung und Befolgung demokratischer Rechte und Pflichten, darin liegt die Kraft und die Zukunft unseres Landes. In diesem Sinn und Geist müssen wir an die wichtigen Aufgaben des Staates herantreten. Dazu braucht es alle gutgesinnten Eidgenossen; es braucht im besondern unsere tüchtigen Ingenieure, die gewillt sind die Verantwortung mitzutragen, die nur das eine Ziel im Auge haben, Land und Volk zu dienen, die es wert sind, dass wir uns für sie einsetzen. Deshalb rufe ich Euch zu: Jeder helfe, hilf auch Du die Verantwortung tragen!

Ist die technische Entwicklung zwangsläufig?

Von Dr. Eugen Böhler, Professor für Nationalökonomie, Finanzwirtschaft und Statistik an der ETH, Zürich

Das Wesen der Zwangsläufigkeit

Was die Menschheit heute am stärksten beunruhigt, ist die Zwangsläufigkeit der technischen Entwicklung, und zwar gilt dies bezeichnenderweise für die breiten Massen fast ausschliesslich gegenüber der militärischen Technik. Dort wird ihnen bewusst, dass Wissenschaft und Technik der Kriegführung Waffen geliefert haben, die im Falle ihrer Anwendung zu einer weitgehenden Selbstzerstörung der Menschheit führen müssen. Sie stellen zugleich aber auch fest, dass die bisherigen Versuche einer bewussten Kontrolle der Ent-

wicklung auf dem Wege der internationalen Verständigung zu keinem Ziel geführt haben, und sie ahnen dunkel, dass sie bei der heutigen Verfassung des Menschen zu keinem Ziel führen können. Neben dem wachsenden Optimismus in bezug auf die technischen Möglichkeiten der Menschheit entwickelt sich deshalb ein Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins, das der rationalistischen Erwartung widerspricht, wonach der Mensch die Herrschaft über die Welt in seiner Hand habe.